zugestellt durch Österreichische Post

FPÖ

Unsere Gemeinde

Unsere Heimat

FREIHEITLICHER GEMEINDEKURIER
Allentsteig

Ausgabe · November 2026 | 562172/2026
Impressum: FPÖ Niederösterreich | Purkersdorfer Straße 38, 3100 St. Pölten



Windpark WA08: Bürgerwillen ernst nehmen statt Zustimmung herbeireden!

Mehr dazu auf Seite 2+3

Unterstützung für den Fußballnachwuchs

Die Förderung unserer Jugend und die Unterstützung der heimischen Vereine sind uns ein besonderes Anliegen.

Seite 3



Projekt „Nachbarschaftskultur“

Nachbarschaftshilfe, Gesundheitsvorsorge und die Unterstützung älterer oder hilfsbedürftiger Menschen sind wichtige Anliegen.

Seite 4+5

Windpark WA08: Bürgerwillen ernst nehmen statt Zustimmung herbeireden!

Allentsteig und Schwarzenau: Widerstand aus der Bevölkerung, Rückzug des Projektbetreibers, ein offenbar gescheiterter Bürgerrat und nun eine Dialogveranstaltung auf Gemeindekosten. Die Vorgangsweise rund um WA08 wirft immer mehr Fragen auf.



Alois Kainz
Nationalrat und Stadtrat

Das gemeinsame Windkraftprojekt WA08 sorgt weiterhin für Diskussionen. Während die Bevölkerung in Allentsteig vergleichsweise ausführlich informiert wurde, blieb sie in Schwarzenau deutlich schlechter eingebunden. Eine breite Zustimmung war bisher nicht erkennbar. Stattdessen formierte sich Widerstand und die Bürgerinitiative Allentsteig–Schwarzenau wurde gegründet.

FPÖ-Antrag für Gutacheten abgelehnt - ÖVP sah keine Dringlichkeit!

Bereits am 26. März 2026 forderte ich mittels Dringlichkeitsantrag ein unabhängiges Gutachten zu möglichen Auswirkungen der Windkraftanlagen auf das Landesklinikum Waldviertel Allentsteig, dessen Patienten und zukünftige Erweiterungsmöglichkeiten.

Die ÖVP lehnte den Antrag mit der Begründung ab, es liege noch kein konkretes Projekt vor.

Bürgerrat angekündigt - jetzt offenbar gescheitert!

Am 30. Juni 2026 kündigte VP-Bürgermeister Marksteiner einen gemeinsamen Bürgerrat beider Gemeinden unter Beteiligung der Bürgerinitiative für Herbst an. Dieser scheiterte offenbar an Unstimmigkeiten über die Zusammensetzung. Wie ernst ist es den Verantwortlichen mit der Bürgerbeteiligung?

Bereits im Juni hatte die W.E.B Windenergie AG bekannt gegeben, den Windpark WA08 vorerst nicht weiterzuverfolgen, eine spätere Wiederaufnahme des Dialogs jedoch offengelassen.

In der Allentsteiger Stadtratssitzung am 29. September 2026 wurde dann eine geplante Dialogveranstaltung mittels ÖVP-Dringlichkeitsantrag behandelt, wodurch eine Vorbereitung nicht möglich war. Dabei war für Anfang Oktober eine Gemeinderatssitzung vorgesehen, in der das Thema regulär als eigener Tagesordnungspunkt mit entsprechender Vorbereitung behandelt hätte werden können.

Auch die Aufbereitung und Moderation der Veranstaltung wirft Fragen auf. Das beauftragte Unternehmen beschäftigt sich unter anderem mit professioneller Konfliktmoderation und der Einbindung kritischer Stimmen.

Kann hier einen neutrale und ergebnisoffene Moderation garantiert werden? Nicht die Bevölkerung sorgt für Unklarheiten, sondern die beiden Bürgermeister mit ihren unterschiedlichen Vorgehensweisen bei Information und Bürgerbeteiligung! Die Bürgerinitiative hat ihre ablehnende Haltung längst deutlich gemacht!

Auch der FPÖ-Standpunkt ist klar und deutlich: Kein Windrad im Wald! Dennoch ist für 10. November 2026 in Schwarzenau eine Dialogveranstaltung vorgesehen. Geht es hier wirklich um Bürgerbeteiligung oder darum, Zustimmung für WA08 herbeizureden? **Wir benötigen keinesfalls einen weiteren Dialogprozess!**

NAbg. StR. Alois Kainz



Bei der Spendenübergabe an den USV Sparkasse Allentsteig. Von links: Stefan Kramer (Sportlicher Leiter), Matthias Meixner, NAbg. Alois Kainz, Konstantin Graf und Sascha Graf (Obmann).

Unterstützung für den Fußballnachwuchs in Allentsteig

Die Förderung unserer Jugend und die Unterstützung der heimischen Vereine sind mir ein besonderes Anliegen. Deshalb freut es mich, dass ich dem USV Sparkasse Allentsteig eine Spende für die Nachwuchsarbeit in der Sektion Fußball überreichen durfte.

Gerade in unseren ländlichen Gemeinden leisten die Sportvereine einen unschätzbaren Beitrag für das gesellschaftliche Miteinander. Hier lernen junge Menschen nicht nur sportliche Fähigkeiten, sondern auch Werte wie Teamgeist, Fairness und Zusammenhalt. Dahinter stehen zahlreiche ehrenamtliche Funktionäre, Trainer und Helfer, die viel Zeit und Engagement investieren. Unsere Jugend ist unsere Zukunft. Deshalb ist jeder Euro, der in die Nachwuchsarbeit unserer heimischen Vereine fließt, gut investiert. Mein besonderer Dank gilt allen, die sich mit großem persönlichen Einsatz für unsere jungen Sportler engagieren.

Projekt „Nachbarschaftskultur“ – Braucht Allentsteig schon wieder ein neues Projekt?

Nachbarschaftshilfe, Gesundheitsvorsorge und die Unterstützung älterer oder hilfsbedürftiger Menschen sind wichtige Anliegen. Gerade im ländlichen Raum müssen Menschen auf Hilfsangebote und ein gutes gesellschaftliches Miteinander vertrauen können.



Sascha Graf
Stadtrat

Doch bevor die Stadtgemeinde Allentsteig neuerlich finanzielle Verpflichtungen eingeht, muss die Frage erlaubt sein: Welchen zusätzlichen Nutzen bringt ein weiteres Projekt, wenn es bereits mehrere Angebote mit ähnlichen Aufgaben gibt?

In der Gemeinderatssitzung vom 5. Oktober 2026 stand die Beteiligung am neuen Projekt „Nachbarschaftskultur“ auf der Tagesordnung. Vorgesehen ist eine dreijährige Laufzeit mit einem jährlichen Gemeindebeitrag von 2 Euro je Einwohner. Bei ca 1.740 Einwohnern ergibt das 3.480 Euro jährlich bzw 10.440 Euro für drei Jahre.

Zwar steht eine endgültige Teilnahme noch unter dem Vorbehalt von Förderzusagen und weiteren Rahmenbedingungen. Dennoch würde die Gemeinde damit bereits ihre grundsätzliche Bereitschaft zu einer mehrjährigen finanziellen Beteiligung erklären.

Doch was ist dieses neue Projekt? Die Schwerpunkte liegen bei Vermittlung von Alltagshilfen, Förderung sozialer Begegnungen sowie Gesundheitskoordination und Unterstützung von Angehörigen.

Klingt gut, aber zahlreiche dieser Aufgaben werden bereits jetzt in unserer Region wahrgenommen. Mit Community Nursing besteht seit mehreren Jahren ein Angebot für Gesundheitsberatung und -betreuung. Gemeinsam mit dem Roten Kreuz, Hilfswerk, Caritas und weiteren Organisationen werden zudem Leistungen zur Alltagshilfe angeboten.

Natürlich sind nicht alle diese Angebote gleichzusetzen. Gerade deshalb wäre es wichtig, die bestehenden Zuständigkeiten, tatsächlich verfügbaren Leistungen und möglichen Überschneidungen genau zu erheben.

Die Frage ist, brauchen wir wirklich eine weitere Organisationsstruktur oder sollten wir zuerst das besser nutzen, was bereits vorhanden ist? Die Diskussion über Nachbarschaftshilfe ist keineswegs neu. Bereits in der Gemeinderatssitzung im Sommer 2025 wurde das Projekt „Nachbarschaftshilfe Plus“ behandelt und mehrheitlich beschlossen. Die FPÖ brachte damals einen Gegenantrag ein. Unsere Forderung nach einer sorgfältigen Prüfung solcher Projekte ist keine neue Haltung. Schon damals haben wir uns mit der Frage beschäftigt, welche Angebote notwendig sind und wie die vorhandenen Gemeindemittel sinnvoll eingesetzt werden können.

Besonders interessant ist, dass „Nachbarschaftskultur“ nun als Weiterentwicklung von „Nachbarschaftshilfe Plus“ vorgestellt wird. In Gemeinden wie Pölla und Göpfritz an der Wild wurden mit diesem Modell bereits Erfahrungen gesammelt. Auch aus Projekten wie Community Nurses könnte man erste Schlüsse ziehen.

Folglich stellt sich die Frage, warum liegen bisher keine konkreten

Ergebnisse dieser Projekte auf dem Tisch? Weiterhin gilt: Erst prüfen, dann entscheiden!

Bei der Behandlung des neuen Projekts „Nachbarschaftskultur“ hat die FPÖ einen konkreten Alternativvorschlag eingebracht.

Der FPÖ-Gegenantrag zielte darauf ab, von der beabsichtigten Maßnahme vorerst Abstand zu nehmen und den Tagesordnungspunkt in einer Folgesitzung erneut zu behandeln.

Angesicht der angespannten Gemeindefinanzen, sehen wir den Zeitpunkt dieser geplanten finanziellen Beteiligung kritisch.

Während die Stadtgemeinde Allentsteig Konsolidierungsmaßnahmen setzen und ihre Ausgaben überprüfen muss, steht gleichzeitig ein weiteres Projekt mit Kosten von mindestens 10.440 Euro für drei Jahre zur Diskussion. Dazu kommt die ungeklärte Frage einer möglichen Weiterführung nach Ablauf der Förderperiode.

Wir erwarten, dass zusätzliche Ausgaben erst auf Grundlage nachvollziehbarer Fakten beschlossen werden – im Interesse aller Bürger! Nicht vergessen werden darf, dass in Allentsteig bereits heute viel freiwillige Hilfe geleistet wird. Nachbarn, Angehörige, Vereine und zahlreiche ehrenamtlich engagierte Menschen unterstützen einander oft ganz selbstverständlich.

Diese Hilfsbereitschaft verdient Anerkennung. Bestehende Einrichtungen und freiwillige Initiativen sollten bestmöglich unterstützt und miteinander vernetzt werden.
Das neue Projekt mag durchaus sinnvolle Ansätze enthalten. Ob dafür allerdings eine zusätzliche, von der Gemeinde mitfinanzierte Struktur notwendig ist, muss erst nachvollziehbar nachgewiesen werden.

Die FPÖ Allentsteig stellt sich nicht gegen Nachbarschaftshilfe oder gegen Unterstützungsangebote. Wir fordern vielmehr, dass bestehende Angebote und Erfahrungen genutzt, mögliche Doppelstrukturen vermieden und Steuergelder verantwortungsvoll eingesetzt werden.

Gute Gemeindepolitik zeigt sich nämlich nicht an der Anzahl neu gestarteter Projekte, sondern daran, welche konkreten Verbesserungen für unsere Bevölkerung mit den vorhandenen Mitteln erreicht werden.

StR Sascha Graf





Energiepolitik im Waldviertel:

Viel Ökostrom – aber das System gerät ins Wanken

Das Waldviertel und ganz Niederösterreich gelten als Vorzeigeregionen der Energiewende. Wasserkraft, Windkraft und Photovoltaik liefern bereits heute einen Großteil des Stroms. Doch gerade hier zeigt sich besonders deutlich, wo die Energiepolitik der letzten Jahre – geprägt durch die letzten Regierungen samt Klimahysterie – an ihre Grenzen stößt.

Der Ausbau erneuerbarer Energie erfolgte rasant. Niederösterreich produziert einen erheblichen Anteil des österreichischen Solarstroms, zehntausende PV-Anlagen speisen in das Netz ein. Möglich gemacht wurde das durch massive Förderungen im Rahmen des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz. Gleichzeitig wurden funktionierende Heizsysteme im Zuge des Heizkesseltauschs mit Förderquoten von bis zu 75 % – in manchen Fällen sogar 100 % – ersetzt. Parallel dazu wurde die Einspeisung von überschüssigem Strom für private Haushalte finanziell attraktiv gemacht.

Doch genau hier beginnt das Problem: Produktion wurde gefördert, das System dahinter nicht. Speicherlösungen wurden lange vernachlässigt, der Netzausbau blieb zurück. Heute sprechen Experten offen von Engpässen – Anlagen warten auf Anschluss, Einspeisung wird teilweise eingeschränkt, weil „zu viel Strom im Netz“ ist. Mit dem neuen Elektrizitätswirtschaftsgesetz wurde zudem ein Versorgungs-

infrastrukturbeitrag eingeführt, der ab 2027 für größere Stromerzeugungsanlagen fällig wird. Damit wird die Einspeisung künftig erstmals ausdrücklich mit einem zusätzlichen Kostenbeitrag verbunden.

Die Folge ist ein energiepolitisches Paradoxon: Zuerst wurde das Einspeisen gefördert, jetzt wird es begrenzt und sogar mit zusätzlichen Kosten versehen! Gleichzeitig sollen Verbraucher über variable Tarife ihren Stromverbrauch in die Mittagsstunden verlagern – zwischen 10-16 Uhr. Seit April 2026 gilt dafür der sogenannte Sommer-Nieder-Arbeitspreis (SNAP), der zwischen 1. April und 30. September täglich von 10 bis 16 Uhr eine Ermäßigung von 20 Prozent auf den verbrauchsabhängigen Netznutzungspreis ermöglicht. In der Realität stehen viele Elektroautos zu dieser Zeit jedoch nicht zuhause, sondern am Arbeitsplatz. Gleichzeitig treten bereits negative Strompreise auf – ein klares Zeichen für ein aus dem Gleichgewicht geratenes System.

Auch beim Ausbau der Windkraft wächst der Druck. Länder und Gemeinden werden zunehmend zu raschem Handeln gedrängt. Für viele Regionen – auch im Waldviertel – bedeutet das weniger Mitsprache vor Ort und mehr Vorgaben von oben. Parallel dazu wird die Werbung für neue Windkraftanlagen intensiviert. Erst Anfang Oktober 2026 startete der Branchenverband WINDKRAFT Österreich die landesweite Kampagne „Niederösterreich: Heimat sicherer Energie“, bei der gezielt mit regionalen Gesichtern und persönlichen Erfahrungen für Windenergie geworben wird. Die Auseinandersetzung um den weiteren Ausbau wird damit zunehmend auch über Kampagnen und soziale Medien geführt.

Nun versucht die Politik gegenzusteuern: Speicherförderungen werden ausgeweitet, teils auch für größere Kapazitäten bis etwa 30 kWh. Teilweise werden sogar eigenständige Speicherlösungen diskutiert. Doch aus Sicht der Freiheitlichen sind das nachträgliche Reparaturmaßnahmen statt strategischer Planung.

Das zentrale Versäumnis bleibt: Der Netzausbau wurde nicht rechtzeitig mitgedacht. Ohne leistungsfähige Infrastruktur kann der produzierte Strom weder gespeichert noch dorthin transportiert werden, wo er gebraucht wird. Das gilt nicht nur fürs Waldviertel, sondern fürs gesamte Bundesgebiet.

Das Waldviertel zeigt exemplarisch, was passiert, wenn Energiepolitik einseitig auf schnellen Ausbau setzt. Es entsteht ein Überangebot an Strom, das mangels Netzinfrastruktur nicht sinnvoll genutzt werden kann. Für die FPÖ ist klar: Nicht der Ausbau erneuerbarer Energie ist das Problem – sondern eine Politik, die ideologisch vorgeht und zentrale Faktoren wie Netze, Speicher und regionale Realität zu spät berücksichtigt.

NAbg. StR. Alois Kainz





VOLKS-BEGEHREN



LIEBE ÖSTERREICHER!

Politisch einseitig gefärbte Berichterstattung, Luxusgagen und Privilegien für die Chefetage, Skandale und offener Postenschacher durch die Systemparteien haben dazu geführt, dass das Vertrauen der Bevölkerung in den ORF zutiefst erschüttert ist. Die Österreicher sehen es zu Recht nicht ein, warum sie den ORF mit der Zwangsgebühr finanzieren müssen – unabhängig davon, ob sie ihn überhaupt nutzen.

Wir Freiheitliche stehen ganz klar an der Seite unserer Bevölkerung. Daher haben wir ein großes ORF-Volksbegehren gestartet, um gemeinsam mit den Bürgern ordentlich Druck auf die Systemparteien für eine ORF-Reform zu machen, die auf drei zentralen Forderungen fußt: Abschaffung der ORF-Haushaltsabgabe, saubere Information und österreichisches Programm.

Den ORF neu denken heißt, ihn als verschlankten Grundfunk zu denken. Ich lade Euch daher ein, das ORF-Volksbegehren zu unterstützen. Kämpfen wir gemeinsam für einen neuen, schlanken und objektiven ORF, der ohne jede Form der Zwangsfinanzierung durch die Bürger auskommt!

Euer
Herbert Kickl
FPÖ-Bundesparteiobmann

WUSSTEST DU, ...

- ... dass der ORF jedes Jahr mehr als 700 Millionen Euro durch die ORF-Zwangsgebühr von der Bevölkerung kassiert?
- ... dass Du mit der ORF-Haushaltsabgabe die Gehälter von 62 ORF-Gagenkaisern bezahlst, die jeweils mehr als 170.000 Euro pro Jahr verdienen?
- ... dass der ORF eigentlich gesetzlich dazu verpflichtet ist, unabhängig, unparteiisch und objektiv zu berichten?
- ... dass sich ORF-„Stars" in sozialen Medien immer wieder zu politischen Akteuren machen?

WIR FORDERN MIT DEM ORF-VOLKSBEGEHREN

- Einen ORF ohne Zwangsgebühr, ohne Sonderprivilegien, ohne Luxusgehälter – stattdessen budgetfinanziert, schlank strukturiert, mit klarem Auftrag und sparsam haushaltend.
- Einen ORF, der objektiv informiert, statt zu belehren.
- Einen echten Österreich-Sender mit Fokus auf Information, Sport, Bildung, Kultur und Regionales.

JETZT VOLKSBEGEHREN UNTERSCHREIBEN

ORF-VOLKSBEGEHREN.AT